



Eduard Meßmer
Poststraße 2
D-77830 Bühlertal
kontakt@gemeinwohl-demokratie.eu

Oktober 2016

Europäischer Kodex für internationale Handelsabkommen verabschieden: *"European Codex Oeconomia"*

mit den Gründen der belgischen Ablehnung von CETA im Oktober 2016

Der 'wallonische Katalog' könnte unter anderem mit den Gründen der belgischen Ablehnung des EU/Kanada-Abkommens (CETA) im Oktober 2016 als Maßstab und Leitlinie der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten im internationalen Handelsrecht für zukünftige Handelsabkommen dienen, und in einer überarbeiteten Form als

"European Codex Oeconomia"

zur Anwendung kommen. Damit wären die Weichen für weiterreichende Regelungen in multilateralen Verträgen auf der Ebene der Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation (WTO) gestellt, auf deren Grundlage noch bestehende, vielfältige Interessengegensätze im Kreis der WTO-Staaten aufgelöst werden könnten.

Ein Aufschieben der Unterzeichnung von CETA kommt der belgischen Forderung nahe, innerhalb der ganzen Europäischen Union einen wirklichen Prozess transparenter, demokratischer und integrativer Verhandlungen einzuleiten.¹

Es gibt vernünftige Gründe, weshalb Belgien einen undurchsichtigen Vertragstext mit einem Umfang von 1.600 Seiten nicht unterschreiben konnte. Der Ablehnung der Belgier ist ein 18-monatiger, umfangreicher Konsultationsprozess des Wallonischen Parlaments mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft vorausgegangen. **Einen Prozess in dieser Intensität hat es in keinem anderen Land Europas gegeben.** Die belgischen Parlamentarier wissen auf dieser Grundlage, was sie tun.

¹ Forderung von vier Regionalparlamenten an die belgische Bundesregierung mit einer Entschließung vom 27. April 2016.

Wo würden wir heute stehen, wenn die Regierungen in anderen EU-Mitgliedsstaaten einen solchen Diskurs ebenfalls zugelassen hätten?



Eduard Meißner
Poststraße 2
D-77830 Bühlertal
kontakt@gemeinwohl-demokratie.eu



Die Gründe für die Ablehnung der belgischen Regierung korrespondieren mit den Auflagen des deutschen Bundesverfassungsgerichts in seiner jüngsten Entscheidung zur vorläufigen Anwendung von CETA. Die Gründe sind gleichzeitig auch der dezidierte Antrieb von anhaltenden Massenprotesten, die von allen Bevölkerungsgruppen, quer durch alle Bevölkerungsschichten getragen werden. Die Gründe sind das Fundament berechtigter und nicht ausgeräumter Kritik an Vorstellungen, die sich jeweils gegen die eigene Bevölkerung und die Natur richtet, zusammenfasst in dem Begriff des Gemeinwohls. Diese Art des durch CETA-TTIP-TiSA beförderten Wirtschaftens raubt den Menschen weltweit ihre ökonomischen und natürlichen Lebensgrundlagen ("Diese Wirtschaft tötet", Papst Franziskus, Evangelii Gaudium, Herbst 2013).

Gleichwohl bieten die 'belgischen Gründe' auch ein Fundament für einen Diskurs auf sachlicher und inhaltlicher Ebene. Sie bieten einen Einstieg für eine Reflexion der Verlautbarungen der Europäischen Union, EU-Mitgliedsstaaten, kanadischen, der US-amerikanischen Regierung, zu den geplanten EU-Handelsabkommen, den Erklärungen von Industrieverbänden, wie auch eine Reflektion der Berichterstattung in den Medien. Sie bieten eine Grundlage für konkrete Fragen an Mandatsträger.

Die Gründe, welche Belgien zu einer Verweigerung geführt haben, geben politischen Entscheidungsträgern deutliche Hinweise darauf, ob sie einem Vertragswerk zustimmen können oder nicht.

Die sonstigen europäischen Regierungen lassen die Chance verstreichen, einen zukunftsweisendes Vertragswerk auf den Weg zu bringen, welcher der UN-Agenda 2030 gerecht werden könnte. Im Gegenteil: Sie befeuern eine Denkweise, die Probleme schafft, welche die ganze Menschheit in eine Sackgasse führen will.

Die Bestimmungen und Mechanismen von solch umfassenden Europäischen Handelsabkommen wirken in der Tat als Botschaft in die Welt hinaus. Sie gelingen oder scheitern jedoch nicht an der Frage der Fähigkeit, ob die Europäische Union als Verhandlungspartner für andere Staaten zuverlässig ist, sondern ob sich die Europäische Union für die Bedürfnisse freier Menschen in der ganzen Welt würdig erweist.

In dieser Frage steht für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union zunächst vor den Menschen in den eigenen Mitgliedsstaaten viel auf dem Spiel. Die von der Europäischen Union geplanten Handelsabkommen setzen aufgrund ihrer Reichweite und Tiefenwirkung bereits in der Vorphase von Verhandlungen eine breite Beteiligung und Konsens mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen voraus.



kontakt@gemeinwohl-demokratie.eu

Eduard Meßmer
Poststraße 2
D-77830 Bühlertal



Wenn solche Prozesse im Innern Europas zum Standard werden, hat die Union im Außenverhältnis die Chance, die Rolle eines Mediators im Konzert der Mächte dieser Welt einzunehmen und ein Stabilitätsanker für den Weltfrieden zu werden. Eine Legitimation hierfür speist sich aus EU-Abkommen mit der globalen Botschaft für eine menschenwürdige, solidarische Welt.

**Extract from the Motion of the Walloon parliament on 14 October 2016 :
(keep in mind that this is one of the 4 parliaments who have voted resolutions refusing CETA as it stands)**

Erklärung des wallonischen Parlaments vom 14. Oktober 2016 (Auszug):

(Das wallonische Parlament exemplarisch, als eines von vier belgischen Parlamenten, die Beschlüsse zur Ablehnung von CETA gefasst haben)

"The Parliament of Wallonia:

- Acts having received a draft Joint interpretative declaration on the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between Canada and the European Union and its Member States on 5 October 2016
- Alle Akteure, die am 5. Oktober 2016 den Entwurf einer gemeinsamen Auslegungserklärung zum umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten erhalten haben.

Has examined the said declaration at the meeting of the Joint Committee on International Relations with the Parliament of the French-speaking Brussels on October 10, 2016 where all the political groups have expressed themselves;

..... haben diese Erklärung auf der Tagung des Gemischten Ausschusses für internationale Beziehungen mit dem Parlament des französischsprachigen Brüssel am 10. Oktober 2016 geprüft, wo sich alle Fraktionen geäußert haben;



kontakt@gemeinwohl-demokratie.eu

Eduard Meßmer
Poststraße 2
D-77830 Bühlertal



-Reaffirms its demands contained in its resolution of 4 May 2016 and considers that the proposed interpretative statement does not address them, its eventual effect remaining legally uncertain and the Treaty is not substantially modified.

Calls upon the Government Wallonia:

- Bekräftigt seine in seiner EntschlieÙung vom 4. Mai 2016 enthaltenen Forderungen und ist der Auffassung, dass die vorgeschlagene Auslegungserklärung sie nicht anspricht, ihre eventuelle Wirkung rechtlich ungewiss bleibt und der Vertrag (Anm.: mit der rechtsverbindlichen Zusatzerklärung) nicht wesentlich geändert wurde. Fordert die Regierung Wallonien auf:

1. to maintain its refusal to give the delegation of full powers to the Federal Government for the signing of the agreement CETA between the European Union and Canada;

Die Ablehnung der Vollmachten der Bundesregierung für die Unterzeichnung des Abkommens CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada aufrechtzuerhalten;

2. to act with the Federal Government to advocate at the European institutions that all legal means are used to meet the requirements expressed in the resolution of 27. April 2016 and initiate a real process of transparent, democratic and inclusive negotiation;"

Sich mit der Bundesregierung dafür einzusetzen, vor den europäischen Institutionen zu befürworten, alle rechtlichen Mittel zu ergreifen, um die in der EntschlieÙung vom 27. April 2016 geäußerten Anforderungen zu erfüllen und einen wirklichen Prozess transparenter, demokratischer und integrativer Verhandlungen einzuleiten.

Quellen:

Original text (in French) :

nautilus.parlement-wallon.be/Archives/2016_2017/MOTION/606_2.pdf

"RESOLUTION on the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) adopted on 27. April 2016, Original text (in French) :

http://nautilus.parlement-wallon.be/Archives/2015_2016/RES/212_5.pdf

Kodex / Standards für bi-, multi- und plurilaterale Handelsabkommen



Eduard Meißner
Poststraße 2
D-77830 Bühlertal
kontakt@gemeinwohl-demokratie.eu



Forderungen der wallonischen Regierung

(nach Feststellung der Überschreitung von roten Linien mit dem EU/Kanada-Abkommen CETA)

Vereinbarkeit mit Europäischen Verträgen auf der Grundlage von Artikel 218 Absatz 11 AEUV gemäß Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Vereinbarkeit des CETA-Abkommens, um zu verhindern, dass eine mit den Europäischen Verträgen unvereinbare Vereinbarung abgeschlossen und nicht ratifiziert wird, solange der EuGH diese Stellungnahme noch gar nicht abgegeben hat:

1. Zustimmung aller betroffenen Einzelstaaten in einer Union.
2. Die vorläufige Umsetzung der CETA zu verzichten und alle nationalen Ratifizierungsverfahren durchzuführen; in der Ratifikationsphase die Stimme der europäischen Bürger vor einem möglichen Inkrafttreten des Abkommens zu hören.
3. Streitbeilegungsmechanismen soll es nur von Staat zu Staat geben auf der Grundlage bestehender öffentlicher Gerichte.
4. Die Aufnahme einer Klausel über Menschenrechte und rechtsverbindliche und aufschiebende Maßnahmen, um die uneingeschränkte Achtung der EU-Standards im Bereich der Grundrechte.
5. Die Hinzufügung einer rechtsverbindlichen allgemeinen Klausel, die für alle Vereinbarungen gilt, um die uneingeschränkte Achtung und Vereinbarkeit des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu gewährleisten.
6. Die Niederlassung in der Vereinbarung eines Grundsatzes "landwirtschaftliche Ausnahme" wie die der kulturellen Ausnahmeregelung, die aufgerufen werden kann, wenn die Zunahme der Einfuhren eines Erzeugnisses die Erreichung der folgenden Ziele.

7. Lebensschutz und ländliche Gesellschaften;
Schutz der Natur und Biodiversität;
Schutz der Ernährungssicherheit.



Eduard Meißner
Poststraße 2
D-77830 Bühlertal
kontakt@gemeinwohl-demokratie.eu



8. Einbeziehung verbindlicher Standards für nachhaltige Entwicklung zur Unterstützung der Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel, indem sichergestellt wird, dass kein Handelsabkommen zu einer Erhöhung der Treibhausgasemissionen führt und "kohlenstoffneutral oder positiv" sein kann.
9. Die Verabschiedung von "Positivlisten" im Bereich der Liberalisierung von Dienstleistungen, die ausdrücklich darauf hinweisen, welche Dienstleistungen für ausländische Unternehmen offen sind und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und Dienstleistungen von gegenwärtigem und künftigem allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ausschließen, damit die nationalen Behörden und gegebenenfalls die lokalen Behörden erhalten bleiben: Das volle Recht auf Ausübung, Organisation, Finanzierung und Bereitstellung von öffentlichen Diensten, um sicherzustellen, dass die europäischen Bürger universellen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen haben.
10. Die Möglichkeit, soziale und umweltbezogene Klauseln in das öffentliche Beschaffungswesen aufzunehmen und sich auf kurzfristige Maßnahmen zu konzentrieren.
11. Einbeziehung von Kooperationsmechanismen zur Stärkung der Finanz- und Bankvorschriften, Austausch von Daten und Bekämpfung von Betrug und Steuerhinterziehung.
12. Einbeziehung eines spezifischen Kapitels für kleine und mittlere Unternehmen einschließlich Bestimmungen zur Erleichterung ihres Zugangs zum Handel.
13. Durchführung unabhängiger detaillierter Folgenabschätzungen für jeden Mitgliedstaat und Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit der Sektoren mit Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen und regulativen Auswirkungen dieser Vereinbarungen auf die kleineren und mittleren Unternehmen (KMU).

14. Die Öffnung für andere Staaten, die sich einer plurilateralen Verhandlung anschließen könnten, auf der Grundlage klarer und vordefinierter Bedingungen, um schrittweise einen multilateralen Rahmen innerhalb der Welthandelsorganisation zu schaffen.

15. Die Umsetzung und Einhaltung der verbindlichen Bestimmungen der Arbeitsrechte (ILO-Kernarbeitsnormen).
16. Die Einbeziehung von Umweltschutznormen für Arbeitnehmer, die sich nicht nur auf die Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung beschränken, sondern auch in anderen Teilen der Vereinbarungen, wie den Investitionen, dem Handel mit Dienstleistungen, der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Regulierung und dem öffentlichen Auftragswesen.
17. Achtung des in Artikel 191 des Vertrags von Rom verankerten Vorsorgeprinzips als Grundprinzip der europäischen Umweltschutzpolitik, der Gesundheit und der Verbraucher.
18. Die Transparenz bei den Verhandlungen über künftige Freihandelsabkommen muss angesichts der Beteiligung immer die notwendigen Informationen zur demokratischen Kontrolle enthalten.

Fazit:

EU-Kommission und Regierungschefs ließen nichts unversucht, um die belgische Region zum Einlenken zu bringen und sie werden in der Zukunft nichts unversucht lassen weiterhin eine marktradikale Freihandels-Agenda gegen alle Widerstände in der Zivilgesellschaft durchzusetzen. Sie übten gegenüber den Belgiern massiven Druck aus, beschwörten das Ende Europas, drohten mit dem Entzug von Investitionen und lockten mit Fördergeldern – bis es mit weitreichenden Zugeständnissen zu einer Einigung kam. Entgegen der Schmähungen denen die belgische Regierung ausgesetzt war: Immer mehr Menschen stehen auf und sagen: Wallonien hat ausgeprochen, wie wir uns Handelsverträge nicht vorstellen und welche Handelsverträge wir brauchen. Es reicht nicht, sich nur in einzelnen Abkommen an der einen oder anderen Stellschraube sich für Änderungen einzusetzen. Die Ziele und Verfahren der Europäischen Handels- und Investitionspolitik müssen grundsätzlich auf den Prüfstand. Solange sie so bleiben, wie sie sind, wird die EU-Kommission und auch die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten weiterhin im Interesse der großen europäischen Unterneh-

men agieren, statt ihre Politik am Gemeinwohl und transparenter, demokratischer Willensbildungsprozesse auszurichten.

Petition zeichnen:

<https://weact.campact.de/petitions/internationale-handelspolitik-gestalten>

Alternatives Handelsmandat:

<http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/alt-handelsmandat/>

